

Ohne Feminismus kein Frieden

Die EU braucht eine Feministische Außenpolitik, wenn sie Frieden fördern will

Die EU versteht sich als normative Akteurin, zu deren Gründungswerten sowohl der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit als auch die Förderung von Frieden gehört. Bis heute werden diese beiden Ziele aber nicht konsequent zusammengedacht. Eine Feministische Außenpolitik, wie sie u.a. Schweden (seit 2014) und Mexiko (seit 2020) verfolgen, bietet der EU die Möglichkeit, durch die Veränderung von Machtstrukturen die strukturellen Ursachen von Konflikten zu adressieren. Die Grünen haben sowohl im Bundestag als auch im Europawahlkampf eine Feministische Außenpolitik gefordert. Auch im Grundsatzprogramm sollte die Idee einer Feministischen Außenpolitik die grüne Außenpolitik leiten.

Schlagworte: Feminismus, EU, Außenpolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Entmilitarisierung, Feministische Außenpolitik

von Nina Bernarding

Kontext

In den 1990er Jahren erhielt der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit über die Entwicklungszusammenarbeit Einzug in die europäische Auswärtige Politik. In den letzten 12 Jahren hat die EU zusätzlich ein umfassendes Rahmenwerk zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsagenda ‚Frauen, Frieden, Sicherheit‘ (FFS) entwickelt, wodurch die EU die geschlechterspezifischen Dimensionen von Konflikten adressieren möchte. In ihrer außenpolitischen Strategie *EU Global Strategy* (2016) verpflichtet sie sich zudem, ‚gender issues‘ systematisch mitzudenken.

Analyse

Trotz dieser Verpflichtungen gelingt es der EU nicht, Geschlechtergerechtigkeit und Friedensförderungen konsequent zusammenzudenken. Sicherheitspolitische Strategien, wie die *EU Counter Terrorism Strategy* oder friedenspolitische Programme, wie das *Gothenburg Programme* (Basis für europäische Konfliktprävention), berücksichtigen in keiner Weise die geschlechtsspezifischen Dimensionen von Gewalt; sie sind komplett gender-blind. Auch wird die FFS-Agenda losgelöst von anderen Initiativen umgesetzt, die oft ihre Ziele unterlaufen. So treiben viele Mitgliedstaaten die Militarisierung der Auswärtigen Politik voran (z.B. *European Peace Facility*¹), vertiefen die Kooperation mit der europäischen Rüstungsindustrie und befürworten militärische Antworten auf humanitäre Krisen (wie z.B. aktuell an den EU-Außengrenzen), obwohl die FFS-

Agenda die Adressierung von strukturellen Ursachen von Gewalt, inklusive der Militarisierung von Sicherheitsstrukturen, fordert.

Das liegt u.a. daran, dass die geschlechtsspezifischen Dynamiken von Gewalt und Konflikten noch immer nicht anerkannt werden. Im Gegenteil, sie werden als gender-neutrale Herausforderungen angesehen, die durch gender-blinde Initiativen erfolgreich adressiert werden können. Dort wo außenpolitische Initiativen eine Geschlechterperspektive berücksichtigen, wird diese als nachträglicher Zusatz verstanden, ohne zugrundeliegende Analysen, Strategien oder Ziele zu hinterfragen.

Feministische Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen lehnen dieses Verständnis ab und verweisen darauf, dass gender-blinde Initiativen Schaden anrichten, indem sie strukturelle Geschlechterungerechtigkeiten verfestigen. Dadurch verschlechtert sich nicht nur die Situation von politischen Minderheiten, sondern es steigt auch die Gefahr für Konflikte, denn Forschung zeigt: je höher das Level der Geschlechtergerechtigkeit in einem Land, desto friedfertiger ist der Staat – nach innen und außen. Daher muss die EU geschlechtsspezifische Ursachen von Gewalt – von patriarchalen Geschlechterbeziehungen über destruktive Maskulinitäten hin zu militarisierten Gesellschaftsstrukturen – aktiv angehen, wenn sie Frieden fördern will.

Eine Feministische Außenpolitik hat den Anspruch, Strukturen und Normen, die diskriminieren und aus-

¹ Die European Peace Facility würde u.a. die Ausbildung und Ausrüstung (einschließlich der Bereitstellung von Waffen) von Militärs in EU- Partnerländern ermöglichen.

schließen, zu überwinden und eine menschenrechtsbasierte Politik zu machen, die v.a. von der Perspektive und den Bedürfnissen von traditionell marginalisierten Akteur*innen geleitet ist.

Die EU sollte daher den Beispielen von Schweden und Mexiko folgen, und ihre Auswärtige Politik an feministischen Prinzipien ausrichten. Dazu gehört:

- (1) eine umfassende und intersektionale Definition von Gender zu institutionalisieren, die die Bedürfnisse von Menschen mit nicht-binären Geschlechtsidentifikationen und diverser sexueller Orientierung berücksichtigt, Mehrfachdiskriminierungen mitdenkt und Gender als Machtsystem anerkennt. Ebenso sollte die EU anerkennen, dass Konflikte nicht gender-neutral sind, und dass jede Politik, die dies nicht widerspiegelt, ungleiche Machtverhältnisse perpetuiert.
- (2) ihre Auswärtige Politik entmilitarisieren und menschliche Sicherheit priorisieren. Das schließt ein Ende des Exports von europäischen Rüstungsgütern und des Einflusses der Rüstungsindustrie auf Brüssel mit ein, sowie die Unterstützung internationaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollbemühungen. Zudem sollte die gendersensible zivile Konfliktprävention gestärkt und die Auswärtige Politik an den Zielen der FFP-Agenda ausgerichtet werden. Auch sollten menschliche Sicherheitsrisiken von Bürger*innen inner- und außerhalb der EU priorisiert werden, allen voran die Klimakrise.

Literatur:

- >>> "A Feminist Foreign Policy for the EU" by Nina Bernarding and Kristina Lunz (forthcoming)
- >>> Hudson, V. M., Ballif-Spanvill, B., Caprioli, M., Emmett, C. F. (2012). Sex and World Peace. Columbia University Press

Nina Bernarding, Centre For Feminist Foreign Policy

- (3) das Ziel Geschlechtergerechtigkeit als übergeordnetes Prinzip ihre gesamte Auswärtige Politik leiten lassen.
- (4) die Kooperation mit und die politische und finanzielle Unterstützung von feministischer Zivilgesellschaft sowohl innerhalb der EU auch als in EU-Partnerländern massiv ausbauen.
- (5) dafür sorgen, dass die Idee einer Feministischen Außenpolitik von den Führungspersonlichkeiten des Europäischen Auswärtigen Diensts und der Kommission unterstützt wird, ihre internen Kapazitäten für deren Umsetzung stärken und für Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen innerhalb der EU-Institutionen sorgen.

Fazit

Eine Feministische Außenpolitik bietet der EU die Möglichkeit, ihre Gründungswerte – Einsatz für Frieden und Geschlechtergerechtigkeit – zusammenzudenken und nachhaltig zu verwirklichen. Dafür ist jedoch eine Neuausrichtung der Auswärtigen Politik der EU – von Zielen über Strategien und Strukturen – zwingend notwendig. Nur wenn die Auswärtige Politik der EU langfristig dazu beiträgt, ungleiche Machtstrukturen zu verändern, wird es der EU möglich sein, Frieden und Gleichberechtigung zu fördern.

Das [Forum Neue Sicherheitspolitik](https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik) der Heinrich-Böll-Stiftung wurde im November 2019 gegründet und vereint grün-nahe Expert/innen der Außen- und Sicherheitspolitik, die das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ziel des Forums ist es, den grünen und grün-nahen sicherheitspolitischen Nachwuchs zu fördern, und *mid-career* Expert/innen in Regierungsinstitutionen, Think Tanks, Forschungsinstituten und Parlament zu stärken und zu vernetzen. Die Mitglieder des Forums interagieren als unabhängige Expert/innen ohne Zwang zum Konsens und ohne Anbindung an die Partei- oder (im Falle von Mitarbeiter/innen von Regierungsinstitutionen) an die Regierungslinie. <https://www.boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik>